

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei halber Zustellung monatlich 2,25 M., bei Zustellung unter Streifen (für Deutschland) 1.- M., ins Ausland 4.- M., per Brief 12.- M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2503 und 2504.

Postzeitung ist die wichtigste Nummer der Zeitungs- und Literaturverwaltung. Die Postzeitung ist die wichtigste Nummer der Zeitungs- und Literaturverwaltung. Die Postzeitung ist die wichtigste Nummer der Zeitungs- und Literaturverwaltung.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2505-06, 9764

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verhandlungen mit Rußland.

Lenin über den Frieden.

Amsterdam, 23. Februar.

Lenin erklärte in einer Besprechung einem Vertreter der „New York World“, die Bolschewisten seien bereit Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischen Kapitalisten nichts dagegen einzuwenden hätten. Lenin sagte noch, daß die Sowjetregierung nicht in Gefahr sei, durch militärische Maßnahmen unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten betreffend den Handel mit Rußland lehne er nicht als aufrichtig an, er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

Englische Stimmen für den Frieden mit Sowjetrußland.

H. N. London, 23. Februar.

Dem Premierminister wurde ein Gesuch überreicht, das von mehreren Unterzeichnern ist, welche im Laufe der letzten zwei Jahre in ökonomischer Funktion in Rußland tätig waren. Es wird darin gefordert, die Sowjetregierung anzuerkennen, und angeführt, daß die Verbrechen, die früher von der russischen Regierung verübt wurden und in der Vergangenheit lagen, die Anerkennung jetzt nicht verhindern dürften. Die nichtbolschewistischen Regierungen in Sibirien seien nicht humaner als die Bolschewiki es gewesen seien. Die Gefahr der Pogrome könne nicht größer sein als die Gefahr, die aus der jetzigen Lage entspringe. Wenn kein russisches Getreide zur Verfügung gestellt werde, komme Hungerdunst und ein Chaos östlich des Rheins. Das aber wäre das beste Mittel zur Verbreitung des Bolschewismus. Der erste Unterzeichner des Gesuches ist General Gough, der Führer einer britischen Division in Nordwestrußland.

„Daily Chronicle“ bringt heute das erste einer Serie von Telegrammen seines Berichterstatters über eine Reise von Kopenhagen nach Sowjetrußland. Das Blatt schreibt: Es ist ohne Zweifel kennzeichnend, daß Lloyd George glaubt, es sei notwendig, Informationen über die russischen Zustände aus erster Hand zu beschaffen. „Daily Chronicle“ unterstützt etwas vorsichtiger, aber doch deutlich genug den Brief von Gough und meint, man könne einen Frieden mit Sowjetrußland unter folgenden Bedingungen gutheißen: Sicherheiten für verschiedene große Interessen Englands in Asien, gewisse Maßregeln für die Vergütung der russischen Schäden, gute Handelsbeziehungen.

Deutsch-russischer Warenaustausch.

Reval, 23. Februar.

Von den für Handel auszutauschenden Gütern sind Hans Eisen, Kool, Petroleum, Oelöl, sowie Getreide und Mehl. Der Austausch in Reval eingeleitet und werden mit der nächsten Woche der Warenverkehr nach Deutschland weitergehen. Der russische Handelsminister wird von der Sowjetregierung mit dem Gesuch für den in Deutschland befindlichen Handel zurückgekehrt.

„Tote Seelen.“

Der Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, Dr. Hans Vorst, bemerkt zu den Presseerklärungen des Delegierten der russischen Sowjetregierung, Viktor Kopp, daß dessen Äußerungen über die für Deutschland hochveranschlagten Rohstoffe aus Rußland an Gogols denkwürdigen Reden Lichtschkow erinnern, der mit „toben Seelen“ die mit leibigenen Dummern, die in den amtlichen Ämtern als Klotze geführt wurden, Geschäfte machen wollte. Die Sowjetregierung wisse selbst am besten, daß sie nicht in der Lage sei, irgendwie beträchtliche Rohstoffmengen zu liefern, und ihre Politik laufe nur darauf hinaus, einen Wettlauf der europäischen Mächte um die Gunst Sowjetrußlands herbeizuführen.

Wir wissen nicht, aus welchen Quellen Herr Vorst seine angeblich „zuverlässigen“ Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands schöpft. Bei der völligen Unmöglichkeit einer Nachprüfung der von der einen und der anderen Seite gemachten Angaben wäre es Pflicht eines jeden Journalisten, sich mindestens eines kategorischen Vorbehalts für der wider zu enthalten. Herr Vorst schreibt aber seit einiger Zeit ebenso entschieden und inappellabel gegen die Bolschewisten, wie er in der ersten Hälfte 1918

— in der Wera des West-Rußland „Friedens“ — für die Bolschewisten schrieb.

Sein Hinweis auf die „toben Seelen“ Viktor Kopp hindert Herrn Vorst nicht, mit wirklichen „toben Seelen“ zu operieren, um die Verderblichkeit einer Politik zu schildern, die durch die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland entstehen könnte. „Wir müssen alles vermeiden — schreibt er — was von den Vertretern des künftigen Rußlands als eine feindliche Handlung und als eine Unterstützung des Bolschewismus betrachtet werden würde.“ Als Vertreter des „künftigen Rußlands“ gelten für Herrn Vorst anscheinend jene in allen europäischen Hauptstädten operierenden Junker und Bourgeois, jene bankrotten bürgerlichen Politiker, die denen, die nicht alle werden, weizumachen haben, sie könnten morgen die Herrschaft über Rußland wiedergewinnen, wenn sie — die nötige finanzielle und militärische Hilfe des Auslandes finden würden. Diese „toben Seelen“ sind es, die jetzt als größtes Verbrechen gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland angesehen werden, und deren tendenziöse Vordrängung als „authentisches Material“ über Rußland serviert wird.

In Gogols „Toben Seelen“ ist neben anderen unsterblichen Typen auch die Gestalt des Gutsherrn Kosobrow aufgeführt, der es meisterhaft versteht, beim Schachspiel unangenehme Figuren des Partners veräußern oder neue eigene Figuren aufzulegen zu lassen — je nachdem es der Stand der Partie erfordert. Uns dünkt, daß Herr Vorst seine politischen Schachpartien gar zu sehr nach dem Muster des unsterblichen Kosobrow spielt.

Die ungarische Regierung auf Menschenraub.

Wien, 23. Februar.

Wie der „Morgen“ meldet, hat der unter dem Verdacht des Menschenraubes an dem Kommunisten Schön in Wien verhaftete ungarische Leutnant Kis gestanden, daß die Entführung und Ermordung durch nach Wien kommandierte ungarische Offiziere und auf Befehl des Armeekommandanten Gorthy sowie mit Unterstützung der Wiener ungarischen Gesandtschaft erfolgt sei. Aus Ungarn seien ganze Offizierskompanien nach Wien kommandiert worden, hauptsächlich um hier lebende ungarische Flüchtlinge zu überwachen, auf ungarischen Befehl zu verhaften und nach Ungarn zu überführen. Sowohl Gorthy als auch Legationsrat Matyasowitsch wußten darum.

Eine schlimmere Verletzung der elementarsten Regeln des Völkerrchts, als dieser jorkelebende Menschenraub dürfte nicht leicht gefunden werden. Durch diese Enthüllung wird aber auch der Wert der Gorthyschen Erklärung, gegen den Mörder des Redakteurs Szomoghy mit allen Mitteln vorzugehen, in das richtige Licht gerückt.

Vorbereitungen zum Straßburger Parteitag.

Paris, 22. Februar.

Auf dem Kongreß des Seine-Verbandes der sozialistischen Parteien erhielt der Antrag Lorient 9630 Stimmen, der Antrag Languet, der vor dem Welttag zur Moskauer Internationale die deutschen unabhängigen Sozialisten, die schweizerischen Sozialisten usw. befragen will, brachte es nur auf 1088 Stimmen. Der Antrag Renaudel, der für die zweite Internationale eintritt, erhielt nur 618 Stimmen.

Die erste Richtung wird auf dem Kongreß auf Grund der vorgenommenen Abstimmung durch 15 Delegierte, die zweite durch 9, die dritte durch einen Delegierten vertreten sein.

Der Seine-Verband ist zwar die stärkste Organisation in der französischen Partei, es erhebt aber nach den bisherigen Abstimmungen und den Äußerungen in der französischen Parteipresse recht zweifelhaft, ob die Gruppierung der verschiedenen Richtungen auf dem Parteitag in Straßburg die gleiche sein wird wie auf dem Kongreß des Seine-Verbandes.

Die Entschädigungsansprüche Polens an Rußland, die in die Friedensbedingungen Polens einbezogen werden sollen, beziehen sich auf alle von den Russen in Galizien angelegten Schäden, für die Requisitionen auf dem ganzen Gebiet Polens und die Rückergütung der Besitztümer.

Gewerkschaften und Betriebsrätewahlen.

Der Aufruf der Link, Röstgen, Brücker und Genossen im „Vorwärts“, den wir bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe besprochen haben, ist geeignet, eine Gefahr heraufzubeschwören, die gerade unsere Genossen in den Gewerkschaften mit allen Mitteln hintanzuhalten mußten. Wir selbst sind bei jeder Gelegenheit mit äußerster Schärfe gegen die Spaltung der Gewerkschaften und gegen die Abspaltung der Gewerkschaften durch die sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen aufgetreten, und unsere Partei hat sich überall, wo verantwortliche Körperschaften oder Versammlungen aus ihrer Mitte zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen haben, für die Erhaltung der Einheit der Organisation ausgesprochen.

Die Rechtssozialisten dagegen belächeln den anderen Weg. Der Bauarbeiterverband hat erst jüngst Resolutionen gegen einige Ortsvereine in Anwendung gebracht, deren politische Gesinnung ihm nicht paßt. Wenn das schon geschieht, wo die Mehrheit des Verbandes noch im rechtssozialistischen Lager steht, so war zu erwarten, daß die Herren Rechtssozialisten in allen Fällen, wo sie zur Minderheit herabgeunken sind, die Spaltung bald offen betreiben würden. Im Metallarbeiterverband machten sich bald nach der Stuttgarter Generalversammlung starke Strömungen geltend, die einer Vorbereitung zur Spaltung vorzuleisten ähnlich sahen, und das „Korrespondenzblatt“ drohte ebenfalls damit, daß die unterlegenen Rechtssozialisten „eigene Wege“ gehen würden.

Die Rechtssozialisten im Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission haben nun den ersten Vorstoß gewagt. Als Vorstand dient ihnen der Reichsverband unserer Genossen in der Gewerkschaftskommission, sich bei der Betriebsrätewahl gemeinsam mit unserer Partei der Liste der revolutionären sozialistischen Betriebsräte anzuschließen. Dieser Schritt würde die Wahl zur Parteipolitik und durchbräche die Neutralität der Gewerkschaften.

Jeder, der nicht blind war, mußte sehen, daß es unter den gegenwärtigen Umständen und bei der in der Berliner Arbeiterkammer vorhandenen Stimmung gar nicht möglich war, die Wahlen unpolitisch zu gestalten. Das Proportionalwahlsystem reizt, ja zwingt jede Minderheit zu dem Versuch, sich zur Geltung zu bringen. Da sich aber Mehrheit und Minderheit nach politischer Gesinnung scheiden, mußte der Kampf in den Betrieben notwendig politischen Charakter annehmen. Diese Entwicklung ist von den Rechtssozialisten gefördert worden durch ein Flugblatt, das, wie wir mehrfach lächerlich, bereits vorlag, bevor unsere Genossen ihren angeforderten Beschluß faßten. Das Vorgehen der Leute um Röstgen und Link zwingt uns, auf das Flugblatt näher einzugehen. Es werden darin „die alten Vertreter der S. P. D.“ der Arbeiterkammer als Pioniere im Kampfe um die Sozialisierung zur Wahl empfohlen. Und dann heißt es in dem Flugblatt wörtlich:

„Die sozialistischen Organisationen, vor die weltwirtschaftliche Aufgabe der Reorganisation unseres vernichteten Wirtschaftslebens gestellt, eröffnen den in wenigen Wochen zu wählenden Betriebsräten ein fruchtbares Betätigungsfeld. Sie sind nicht mehr allein die alten Trojken, für die Rechte der Unterdrückten sich opfernden Vorkämpfer früherer Zeiten, sie müssen jetzt zeigen, daß sie nicht nur arbeiten und kämpfen, sondern auch denken und lenken können.“

Doch der Hunger und die Not der Zeit vertrieben Massen von Volksgenossen, den Anbruch einer neuen Zeit nicht von Arbeit und sozialistischer Organisation in der demokratischen Republik, sondern von verworrenen Systemen zu erwarten, deren Erfinder, die Verbrüder der Mittelklasse, sich einbilden, durch rohe Gewalt und brutale Unterdrückung den Gang der ökonomischen Entwicklung kommandieren zu können. Ihre Betriebsräte, berechtigt auf die unerschöpfliche Mittelklasse, sind bewußt oder unbewußt nur Kaufmännische und Handelslager politische Gruppen und Sekten, die blinden Werkzeugen jener Leute, die in Wirklichkeit nichts als beschränkte, ausgeblutete, wirtschaftspolitische Diktatoren sind.

Ist das keine Parteipolitik? Diesen Dingen gegenüber können die Herren, die ihre jahrelangen

Wird in der Gewerkschaftskommission bedroht leben, sind sie eben so blind, wie sie es waren, als Rechtssozialisten bei Arbeiterauswahlwahlen gemeinsame Listen mit gewerkschaftlichen Organisationen aufstellten. Von den wirklichen Zuständen sehen sie ab. Sie verschönern sich hinter formalen Ausflüchten, um ihren Streich gegen die Einheit der Bewegung rechtfertigen zu können. Die Haltung unserer Genossen, meinen sie, sieht im Gegensatz zu den Veröffentlichungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, und er, die „höchste Instanz der Gewerkschaften“, werde zu entscheiden haben, ob der Ausschuss der Gewerkschaftskommission „ein Tummelplatz politischer Fanatiker sein soll“.

Wir zweifeln nicht daran, daß sich die Herren Borchers mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes ins Benehmen gesetzt haben. Und wir wollen den Richterpruch der „höchsten Instanz“ zunächst einmal abwarten. Nur eines möchten wir schon heute sagen: Wir würden es doch ein wenig verwunderlich finden, wenn die Herren, die es durchaus natürlich finden, daß die freien Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften mit Kirchen und Christen eine „Einheitsfront“ bilden, zu der Auffassung kommen sollten, daß es Sozialisten unmöglich ist, mit Sozialisten radikalere Richtung in Ortskomiteen zusammenzuarbeiten, die — ganz ähnlich den Arbeitsgemeinschaften — auch nur die Zusammenstellungen der Einzelorganisationen für bestimmte Zwecke darstellen.

Die Arbeiterschaft aber möchte nur auffordern, dafür zu sorgen, daß die von den Rechtssozialisten beliebte Erhaltung der Gewerkschaftskommission nicht auf die Gewerkschaften selbst überprägt. Auch diesem Streben gegenüber müssen sie die Einheit ihrer Organisation wahren, wie gegenüber den Abspaltungen von links. Der Kampf bei den Betriebsrätewahlen kann nicht vermieden werden. Aber wir können ihn — unbeschadet der Austragung sachlicher Gegenstände — doch so führen, daß er das Zusammenarbeiten in den Organisationen und Betriebsräten dennoch möglich macht. Und es ist nicht richtig, daß der Kampf, wie er sich nun gestaltet, die Gewerkschaften bei den Wahlen ausschaltet, wie der Aufruf der Herren Förster und Genossen behauptet. Die Gewerkschaften können und sollen aktiv eingreifen in den Kampf, sollen Betriebsversammlungen abhalten und Aufklärung über das Gesetz und den Wahlvorgang verbreiten und bei der Kandidatenaufstellung überall mitwirken. Die Parole unserer Partei bietet solcher Tätigkeit weiten Raum, und uns sind die Gewerkschaften als Kampfgesossen willkommen.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner gestrigen Abendausgabe dochmals seinen Trumpf heraus, den wir ihm schon in unserer Sonntagfrühnummer der Hand gespielt haben. Wir haben dort ausdrücklich festgestellt, daß der Beschluß der U. S. P. -Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission, parteipolitische Listen aufzustellen, erst am Dienstag gefaßt wurde, als das stark parteipolitisch gefärbte Flugblatt der S. P. D. bereits allgemein verbreitet war. Wenn dem Herrn Stolze vielleicht auch vorher eine ablehnende Antwort gegeben worden sein soll, so hätten die Rechtssozialisten, wenn es ihnen wirklich so aus tiefster Seele um freigezwungene Listen zu tun war, den Beschluß der Gewerkschaftskommission abwarten können. Die geschilderte Geste, mit der das rechtssozialistische Flugblatt auf der Bildfläche erschien, wird wohl nur bei harmlosen Gemütern den Eindruck erwecken, daß die Herren Rechtssozialisten blutenden Herzens zu dieser Aufgabe geschritten sind. Aber die moralische Entzückung trifft vorbei.

Aber der „Vorwärts“ hat noch eine andere Note in petto! Er schreibt:

Wichtiger als die Disziplinfrage ist die Prinzipienfrage, und hier steht die Sache eben so, daß die Unabhängigen für die Betriebsrätewahlen Grundzüge verzeichnen, die die Sozialdemokraten aus tiefer Überzeugung heraus als für die Arbeiterbewegung verhängnisvoll betrachten müssen.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die gesetzliche Einrichtung der Betriebsräte dazu ausgenutzt werden muß, Rechte und Interessen der Arbeiter in den Betrieben zu vertreten. Die Unabhängigen wollen dagegen die gesetzliche Nähe zugunsten ihrer phantastischen Vorstellung von einem „revolutionären Räteystem“ sabotieren.

Recht so, lieber „Vorwärts“! Es ist immerhin ein gewaltiger Fortschritt, daß der „Vorwärts“ wieder einmal Prinzipien verleiht, nachdem dieses Blatt allgung die Prinzipien des Sozialismus, der proletarischen Demokratie und des gewerkschaftlichen Kampfes mit Füßen getreten hat. Ja, die Unabhängigen wollen die gesetzlichen Nähe ausnutzen bis zur letzten Möglichkeit, um aus ihnen wirtschaftliche Kampforgane zu schaffen, die geeignet sind, Träger der Ueberführung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische Produktion zu sein. Das ist eine eminente sozialistische Aufgabe. Und es ist nur eine feine, demagogische Redensart, wenn der „Vorwärts“ schreibt, daß die Unabhängigen die gesetzlichen Nähe zugunsten ihrer phantastischen Vorstellung von einem „revolutionären Räteystem“ sabotieren wollen. Da der „Vorwärts“ im Handumdrehen aus der Disziplinfrage eine Prinzipienfrage macht, worin wir ihm übrigens völlig zustimmen, so gibt er ja damit ganz offen zu, daß die prinzipiellen Differenzen innerhalb der Gewerkschaften die Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen unmöglich machen. Warum also das Versteckspiel, warum die Heuchelei.

Die unabhängigen Vertreter der Gewerkschaftskommission haben das Verdienst, daß sie durch ihr Verhalten, das ihnen nach und nach das Uebergewicht in der Gewerkschaftskommission sicherte, die besten Traditionen der Gewerkschaftspolitik und des Sozialismus fortgesetzt haben. In dieser Beweisthat nehmen wir den uns von den rechtssozialistischen Gewerkschaften und dem „Vorwärts“ hingeworfenen Beschandenschuß mit aller Ruhe auf. Es wird und muß sich entscheiden, ob das Ziel der deutschen Arbeiterbewegung „Anlehnung an den Kapitalismus“ oder „Durch zum Sozialismus“ heißt.

Eine Verfügung über die Schulanen.

Der preussische Kultusminister hat eine Verfügung erlassen, in der er versichert, daß er die Vergabe von Schulräumen für Versammlungen politischer und wirtschaftlicher Verbände billige und für wünschenswert halte. Grundsätzlich ausgeschlossen aber, so heißt es weiter, soll die Ueberlassung an Persönlichkeiten oder Verbände sein, die eine Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse auf anderem als gesetzlichem Wege anstreben.

Es wäre sehr wünschenswert, daß sich Herr Dänisch deutlich darüber ausgesprochen hätte, welches diejenigen Verbände sind,

die eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse auf nicht gesetzlichem Wege anstreben. So wie sie ist, bringt die Verfügung nur die ausführenden Instanzen in Verlegenheit, und schließlich wird wohl noch irgendeine untergeordnete Stelle darüber entscheiden müssen, ob eine Organisation politisch genügend unbedenklich ist, um die Zulen benutzen zu können.

Zur Freilassung der deutschnationalen Rowdys.

Aus juristischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die „Freiheit“ bezeichnet es in ihrer Nummer 45 mit Recht als unverständlich, daß die Polizei die wegen ihrer Gewalttaten in der Verammlungen des Bundes Neues Vaterland über die Auslieferungsfälle festgenommenen Demonstranten nach Feststellung ihrer Persönlichkeit sofort wieder auf freien Fuß ließ. Demgegenüber nimmt der „Vorwärts“ am Sonntagabend die Polizei in Schutz. Das Blatt erklärt, daß die Polizeibehörde bei dem zur Zeit bestehenden Rechtszustande nicht befugt sei, gegen Angehörige der Reichswehr ohne Mitwirkung der Militärbehörden einzuschreiten. Dies ist richtig, trifft aber durchaus nicht den Kern der Sache, der in diesem Falle der Polizei gemacht werden muß. Allerdings darf die Polizei nicht aus eigener Machtvollkommenheit gegen vorläufig festgenommene Militärpersonen einschreiten. Die Polizei muß vielmehr nach § 181 der Militärstrafgerichtsordnung die festgenommenen Militärpersonen entweder freilassen, oder unverzüglich an die nächste Militärbehörde abliefern, der dann die weiteren Maßnahmen obliegen. Es liegt nun zwar im Ermessen der Polizei, ob sie freilassen oder an die nächste Militärbehörde abliefern will. Welcher Fall sollte aber wohl zu einer sofortigen Freilassung weniger geeignet sein, als gerade der vorliegende, da es sich um das schwerste Verbrechen handelt, das das deutsche Strafrecht überhaupt kennt? Die Gewalttäter schlugen zum Teil mit Knütteln und Schlagringen auf Versammlungsteilnehmer los. Es ist allgemein bekannt, daß ein harter Schlag mit einem Schlagring geeignet ist, einen Menschen auf der Stelle zu töten. Andere trampelten mit eisenbeschlagenen Stiefeln auf Herrn von Gerlachs Leib herum, wobei Rufe ertönten wie: „Jetzt wird mit Dir abgerechnet!“ Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewalttäter mit Rordabsicht ihre Taten unternahmen. Nur einem Glückszufalle ist es zu verdanken, daß kein Menschenleben den Tätern zum Opfer fiel. Die Anklage aber kann nur auf Rordverbrechen lauten. Und unter solchen Umständen, die der Polizei aus zahlreichen Zeugenaussagen genau bekannt waren, durfte sie die Festgenommenen auf keinen Fall wieder freilassen, sondern mußte sie sofort der Militärbehörde übergeben.

Aus den gleichen Gründen aber ist es jetzt unbedingt Pflicht des Gerichtsbehörden über die Schuldigen sofort die Untersuchungsbefugnisse zu verhängen.

Eine Probe auf den ehrlichen Willen Deutschlands.

Amsterdam, 22. Februar.
Laut „Courant“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage „Kriegsverbrecher“ beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf „unkrümmten Verbrechern“ von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor dem auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen sollten. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehrlichen Willen versagen, so würden die Alliierten Zwangsmassnahmen anwenden.

Der Hefferrich-Prozess.

Am gestrigen Montag, dem 17. Verhandlungstag, wurde sehr ausführlich der Fall „Dapag“ behandelt. Hefferrich wirft Herrn Erzberger vor, daß er Geschäfte mit deutschen Schiffahrtswerten in einer Zeit gemacht habe, in der seine eigenen amtlichen Maßnahmen für den Kurs dieser Papiere von entscheidendem Einfluß gewesen seien. Erzberger erklärt dazu, daß er am 27. Januar und am 23. Mai 20 Stüd „Dapag“-Aktien gekauft habe, dadurch habe er sein unerschütterliches Vertrauen zu dem bleibenden Wert der deutschen Schiffahrtswerte bekräftigen wollen. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen sei festgestellt worden, daß die Schiffe in deutschem Besitz bleiben und daß sie nur auf bestimmte Zeit in den Weltpool übergeben sollten. Als er die Anteile der „Dapag“ kaufte, habe er öffentlich erklärt, er sei selbst davon überzeugt, daß die deutsche Handelsflotte nicht verloren sei. Hefferrich beschuldigt Erzberger weiter, daß er dem Geheimrat Luno von der „Dapag“ einen Reichsvorschlag von 15 Milliarden Mark zugelegt und dabei das Reichswirtschaftsministerium ausgeschaltet habe. Erzberger erklärt dazu, er habe lediglich zugelegt, daß er im Kabinett dafür eintreten werde. Reichspostminister Sieberis, der Parteigenosse Erzbergers, der als Zeuge dazu vernommen wird, bekennt, daß Erzberger sich geäußert habe, man müsse jetzt Industriepapiere kaufen wie früher die Kriegsanleihe. Erzberger habe ihm erzählt, daß er einen Teil seines Vermögens in „Dapag“-Aktien angelegt habe und er rufe ihm, ebenfalls solche Papiere zu kaufen. Sieberis meint, daß Erzberger durch seinen Kauf die allgemeine Ansicht unschädlich machen wollte, als habe er die deutsche Flotte ausgeliefert. Daß Erzberger schon in aller nächster Zeit über die Entschädigung der Reedereien mitautschneiden habe, das sei nicht bekannt gemein.

Bei der Vernehmung des nächsten Zeugen, Oberstentnant Düsterberg, kommt es zu erregten Szenen, an denen sich der Zuschauerraum lebhaft beteiligt, was vom Vorsitzenden peremptorisch unterbrochen wurde. Düsterberg erklärte zur Waffenstillstandskommission. Er erzählt, daß über die Art und Weise, wie Herr Erzberger das Schiffal Deutschlands verhandelt habe, eine so einschneidende Erwähnung bei den Offizieren geherrscht habe, daß diese zu ihrem Führer, dem General von Hammerstein, gekommen seien und erklärt hätten, daß sie, wenn Herr Erzberger Dankig offen wolle, insoweit Spaa verlassen würden. Sie hätten erklärt, daß sie mit dem Herzen an der deutschen Sache hingen und nicht mit den Händen. Düsterberg habe einen Scheinbericht an den Kriegsminister Reinhardt durch einen Kurier geschickt, der Brief sei unterwegs erbrochen worden, eine Kopie habe Erzberger bekommen, der damit zum Kriegsminister gegangen sei und sich beschwert habe. Düsterberg behauptet, daß der Brief in dem Bureau von Erzberger geöffnet und kopiert worden sei. Erzberger erklärt, daß er sich nicht daran erinnern könne, wer ihm die Abschrift zugeschickt habe.

Rach der Mittagspause wird der Fall „Riechhandelsverband“ behandelt. Hefferrich behauptet, Erzberger werde für den Reichshandelsverband und zwei andere Verbände als Syndikus tätig und habe dafür 12 000 M. bekommen sollen. Erzberger bekennt dazu, daß die drei Verbände, denen die Fleischarbeiterschaft Deutschlands oblag, im Sommer 1918 an ihn herantreten seien und ihm dies Angebot gemacht hätten. Auf Einzelheiten könne

er sich nicht mehr besinnen. Er sei dann Syndikusvertreter geworden und damit habe sich die ganze Sache erledigt. Auf die Fragen der Vorsitzenden, ob er sich vorer schon für die Vertreter des Verbandes eingesetzt habe, sagte Erzberger, daß er sich eines halbes Jahres inne, in dem er im Interesse des deutschen Volkes einem Herrn Göbe die Genehmigung zur Erhaltung großer Schlachthäuser in Buenos Aires erwirken wollte. Die weitere Erörterung dieses Falles ergibt nichts Wesentliches.

Bei dem nächsten Fall „Ein- und Ausfuhr“ behauptet Hefferrich, Erzberger habe als Abgeordneter dafür gesorgt, daß seine Geschäftsfreunde Ein- und Ausfuhr-Erlaubnisse bekommen, während der legitime Handel dabei ausgeschaltet wurde. Auf den Erzbergerschen Einfuhr-Erlaubnissen sei in der Schweiz ein harter Handel getrieben worden. Es sollen mit diesen Erlaubnissen 20 Millionen Mark verdient worden sein. Erzberger erklärt dazu, daß er nicht als Abgeordneter die Ein- und Ausfuhrerlaubnisse erstrebt habe, sondern in seiner Eigenschaft als Leiter des Propagandabureaus. Er habe niemals einen finanziellen Vorteil dabei gehabt. Bei der weiteren Erörterung dieses Falles beantragte die Vertreter Erzbergers, die Öffentlichkeit auszuschließen. Er werde niemandem vom Reichsland Kredit geben, wenn solche Dinge hier in einer öffentlichen Verhandlung behandelt würden. Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, daß die Ein- und Ausfuhrerlaubnisse unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden sollen. Die Verhandlung wird hierauf auf Dienstag morgen verlag.

Preussische Landesversammlung.

(Sitzung vom 23. Februar.)

Anfänglich der zweiten und dritten Beratung des Beschlusses über die

Erhöhung der Eisenbahntarife

ergriff Genosse Paul Hoffmann das Wort, um erneut zu betonen, daß den von der fortgesetzt steigenden Teuerung ohne hin schwer betroffenen Arbeitern bei den täglichen Ausgaben die Arbeit Vergünstigungen im weitesten Umfange gewährt werden. Auch den Leubentkolonisten sollten Ermäßigungen gestattet werden.

Die Erhöhung der Tarifniveaus ist eine Maßnahme, die von langer Hand vorbereitet worden ist. Sie hat keinen anderen Zweck, als Arbeiter, die die Vertrauensleute ihrer Kollegen sind, aus den Betrieben zu entfernen. Diese öffentlichen Maßregelungen rufen immer größere Erbitterung hervor und sind insofern ganz ungeeignet, die Arbeitslust zu fördern. Wie sehr politische Motive eine Rolle spielen, geht daraus hervor, daß vielfach bekanntgegeben wird, wer zum Aus-Eisenbahnerverband übertritt, werde weiterbeschäftigt. Man will eben eine „Autowerlung“ herbeiführen; nur die willigen Schaffeln will man behalten. Heute werden entlassen, die 10, ja 20 Jahre in den Werksstätten gearbeitet haben. Es wird ihnen von ihren Dienststellen bestätigt, daß ihre Arbeitsleistung nicht zu wünschen übrig gelassen hat. Sie sind sogar ihrer vorgedachten Bewährung wegen ausgezeichnet worden. Und da noch der Minister Oetzer hier zu behaupten, es würden nur Arbeiter entlassen, weil sie faul seien. Das ist ein Skandal, bei dem wir auf das Schärfste verurteilen.

So wie man die Arbeiter politisch maßregelt, so will man ihnen von hinten herum

auch den Rückhaken wieder nehmen.

Es heißt, die Arbeitsleistung müsse gesteigert werden, um Lokomotiven zu erhalten. Wäre es da nicht in erster Linie Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die im Reich dergestellten Lokomotiven, für die keine Abfertigungspflicht besteht, nicht ins Ausland verkauft werden? Nur durch die Hebung der sozialen Lage der Eisenbahner wird deren Leistungsfähigkeit gefördert.

Der Beschlusseinstimmung wurde ohne weitere Debatte angenommen.

Dann wurde über die Anträge der Demokraten und der Deutschnationalen verhandelt, die das

Rechtsministerium des Verkehrsministeriums

über den Hausen zu werfen.

Der Demokrat Dr. Ruer tritt in längerem juristischem Ausführungen die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichswirtschaftsministers. Auch die Ausführungen des Deutschnationalen Conradt bewegten sich in der gleichen Richtung.

Reichsminister Siegelwald verteidigte keine Verordnung und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen durch eine detaillierte Darstellung der Notlage auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt. Wo Mietsteigerungen ausgelassen seien, blähe der Grundstücksbesitzer. Die deutschen Bestimmungen seien die mildesten der Welt. Die Verordnung sei grundsätzlich mißverstanden worden, sie habe keineswegs im Widerspruch mit den Reichsgesetzen. Eine reichsgesetzliche Regelung wäre sicher auch hier das Beste gewesen, nachdem sich aber in Preußen die Mißstände am größten gezeigt hätten, müßte hier gesondert und rücksichtlos vorgegangen werden. Durch die Anordnung würde vor allem der ungeliebte Hausbesitzer geschädigt, in die Valuta Spekulation eingetreten und unzulässige Verträge hinter dem Rücken der Mietungsämter abgeschließen. Die Landesversammlung ist aber für diese Hochmütigkeit keine Verordnung nicht zuständig, da sie lediglich erlassen ist auf Antrag des Reichswirtschaftsministeriums.

Nachdem die Verordnung von den Rechtssozialisten befürwortet, von der Deutschen Volkspartei bekämpft worden war, kam unser Redner zum Wort:

Genosse Adolf Adlerhof: Die Verordnung ist reichlich spät gekommen. Die Hausbesitzer haben schon vor dem Ausbruch der Inflation den Wohnungsmarkt vernachlässigt und während des Krieges überhaupt nichts getan. Deshalb ist die Frage, die Aufgabe zu den Mietern genügen nicht, um die Reparaturkosten zu decken, ganz unrichtig. Die Hausbesitzer wollen Kriegsgewinnler werden wie andere Kreise. Sie wollen den Kriegsgewinn durch die Verdrängung ihrer Interessen, Dagegen muß festgestellt werden, daß der

Mieterschutz noch nicht weit genug

geht. Insbesondere sind Kriegsvielleicht, sobald sie in Not geraten, nicht ausreichend geschützt. Es laßt viele Mühe, ihnen Wohnungen zu sichern.

Wenn eine reichsgesetzliche Regelung geplant ist, würde es notwendig sein, die Mieterorganisationen mit heranzuziehen. Dies würde die Arbeit der Mietungsämter wesentlich erleichtern. Das sind jedoch nur kleine Wünsche, die nur von geringer Wichtigkeit sein können. Erst dann wird eine durchgreifende Reform des Wohnungswesens möglich sein, wenn Haus- und Grundbesitzer gezwungen werden, die Kosten der Inflation zu decken und die Inflation zu bekämpfen. Die vorliegenden Anträge wollen die Hochmütigkeit der Verordnung zu Fall bringen, darum laßt sie sich ab. (Beifall links.)

Ein Regierungsvertreter, der insbesondere die juristischen Fragen erörterte, ließ folgende Klaffende Versicherung fallen: „Der Abgeordnete Ruer hat einzelne Bestimmungen als kommunalrechtlich bezeichnet. Ja, meine Herren, heutzutage bezeichnet man als Kommunismus und Bolschewismus das, was einem nicht politisch ist.“

Mehr Interesse für die Schule!

Die Elternbeiratswahlen, die am Sonntag in den Vororten von Berlin stattgefunden haben, sind nicht ganz so ausgefallen, wie wir es gewünscht hätten. Zwar können wir mit Vergnügen feststellen, daß die Listen der U. S. D. in den meisten Fällen beträchtlich mehr Stimmen auf sich vereinigt haben als die der sogenannten "Rechtssozialisten", aber auf der anderen Seite haben doch die "Unpolitischen" Erfolge erzielt, die uns nicht gefallen.

Sicher sind den Elternbeiräten durch die ministerielle Verordnung nicht die Rechte gewährt worden, die wir für notwendig gehalten hätten, aber sie bilden doch ein Instrument, an dem bei entsprechendem Willen einiges gemacht werden kann. Das haben die Wähler und nicht zuletzt die Arbeiterkassen scheinbar nicht genügend berücksichtigt und daher den Gegnern das Feld überlassen.

Diese Gleichgültigkeit gegenüber der Schule ist höchst besorgniserregend. Auch wenn man die Bedeutung der Schule für die Charakter- und Geistesbildung, besonders des proletarischen Menschen nicht überschätzt, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß ihre erzieherischen Einflüsse niemals ganz ohne Wirkung bleiben werden. Sie war eines der Mittel, dessen sich das alte System bediente, um seine Macht zu sichern und zu festigen, und wenn es nach den Befürwortungen derer geht, die sich als Unpolitische zusammengefunden haben, soll sie durchaus im alten Geiste weitergeführt werden. Das unpolitische Programm dieser Leute geht dahin, den bestehenden Zustand zu erhalten und in der Schule die alten Ideale des Nationalismus, des Militarismus und monarchialen Despotismus weiter zu pflegen und sie durch die gehörige Dosis von konfessionell-religiöser Unterweisung unerschütterlich zu lassen. Früher wurde gesagt, der deutsche Schulmeister habe die Scholastik von Königsberg gewonnen. Heute darf man aussprechen, daß der deutsche Schulmeister einen großen Teil der Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges trägt. Er hat teils freiwillig, teils gezwungen, in die Herzen der ihm anvertrauten Jugend einen Sinn eingepflanzt, den er patriotisch nannte, der aber tatsächlich auf chauvinistische Ueberheblichkeit und Völkerverachtung hinauslief und der die der Schule entwachsenen jungen Menschen in die Gefahr brachte, zu willenslosen Werkzeugen des erobersüchtigen Kapitalismus zu werden.

Um der Zukunft unseres Volkes willen muß mit diesen Erziehungsmethoden gebrochen werden und wir möchten dringend wünschen, daß die Arbeiter-Eltern in ihrem und ihrer Kinder Interesse die Wichtigkeit dieser Dinge erkennen. Bei den noch ausstehenden Wahlen, nicht zuletzt bei denen der Stadt Berlin, werden sie hoffentlich mit größerer Entschiedenheit den Wölfen im unpolitischen Wolfskleid entgegenzutreten.

Weitere Ergebnisse der Elternbeiratswahlen in den Vororten.

Das endgültige Ergebnis der Elternbeiratswahlen läßt sich noch nicht übersehen. Die Resultate wurden erst im Laufe des folgenden Monats von den Wahlvorständen an die zuständigen Stellen übermittelt. Soweit bis jetzt (Schonach) bekannt ist, haben bei den Wahlen die Unabhängigen ziemlich gut abgeschnitten, und zwar hauptsächlich in den Kirchen- und katholischen Vororten, während wiederum in Weiden Groß-Berlins sozialistische Elternbeiräte überwiegend gewählt wurden.

In Lichterberg entsieken von den 467 zu vergebenden Sitzen auf die Liste der U. S. D. 174, auf die der S. P. D. 48 und auf die Parteien des Bürgerblocks. — In Wilmersdorf wurden im ganzen 66 Unpolitische erwählt, 39 Mehrheitslos als Demokraten und 17 Unabhängige erwählt. Die Wahlberechtigung war ziemlich schwach. Berichtigend erwähnt sei noch, daß in der V. Gemeindefschule nicht die sozialdemokratische, sondern die christlich-unpolitische Liste mit 191 Stimmen gewählt wurde. — In Weiskamer siegen die Unabhängigen mit großer Mehrheit. Gewählt wurde in sieben Schulen — nur die IV. und VI. Gemeindefschule wählte am 7. März — von den insgesamt 108 Mandaten errangen die U. S. D. 68, die S. P. D. 27, die Christlich-unpolitischen erhielten 11 Mandate. — In Trebbin war die Wahlberechtigung ziemlich stark. Die Liste der U. S. D. erhielt etwa 50 Prozent. Die christlich-unpolitische Liste erhielt 1070 Stimmen, die der U. S. D. 730, während auf die S. P. D. 207 Stimmen entfielen. — In Zehlendorf: Hier siegen die Christlich-unpolitischen, sie errangen 18 Mandate, während die Unabhängigen 4, die S. P. D. 7 Sitze erhielten. — In Tegel war die Wahlberechtigung recht schwach. Von den 23 Elternbeiratsbeiräten erhielt die U. S. D. 11, die Christlich-unpolitischen und die Mehrheitslos demokratischen je 8 Mandate.

In Karlsruh siegen die Christlich-unpolitischen mit 330 Stimmen, die S. P. D. erhielten 190 und die U. S. D. 124 Stimmen. Somit fielen 10 Mandate den Bürgerlichen und den sozialdemokratischen Gruppen 11 Mandate zu. — In Tempelhof trat die große Majorität der Wähler für die sozialdemokratische Liste ein. Sie errang 47 Mandate (1619 Stimmen), auf die U. S. D. fielen 14 Mandate (668 Stimmen), auf die S. P. D. 6 Mandate (275 Stimmen). — In Wilmersdorf hat die U. S. D. mit großer Vorherrschaft gesiegt. Sie erhielt 24 Mandate, die Christlich-unpolitischen 18 und die S. P. D. 4 Mandate. — In Bernau wurden für die U. S. D. 320, für die S. P. D. 121 und für die Christlich-unpolitischen 200 Stimmen abgegeben. — In Teltow siegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen. Auf die S. P. D. fielen 8, auf die U. S. D. 5 und auf die Christlich-unpolitischen 8 Mandate. — Strausberg. Die Elternbeiratswahlen ergaben folgendes Resultat: U. S. D. 202 Stimmen (6 Sitze), Christliche 123 (4), S. P. D. 78 (2 Sitze). — Teltow. Bei den am 22. Februar stattgefundenen Elternbeiratswahlen für die hiesige Knabenschule entfielen auf die Liste der U. S. D. 3, S. P. D. 5, unpolitische 3 Vertreter. Die Wahlberechtigung war schwach, sie betrug noch nicht 50 Prozent. Von 203 Wahlberechtigten übten 316 das Wahlrecht aus, 8 Stimmen waren unglücklich. Das Resultat der Wahlen war: U. S. D. 3, S. P. D. 4, unpolitische 3 Vertreter. — All Wilensfeld. Bürgerliche 8 Sitze, U. S. D. 5 Sitze, S. P. D. 3 Sitze.

Bersammlungen.

- 3. Distrikt, 4. Abt. Dienstag, 7 Uhr, in der Aula Diefenbachstraße 51. Bersammlung aller Eltern, welche Kinder in der 199. und 192. Gemeindefschule haben. Referent: Lehrer Liede.
- 8. Distrikt. Elternbersammlung der 284. Gemeindefschule, Schulmeister Straße, 86. Gemeindefschule Kloster Straße, katholische Schule Dannebergstraße und vom Peterburger Platz am Mittwochabend im Gymnasium, Landwehrpfer Allee 40/41, II. Saal. Saal der neufließenden. Referent: sog. Lehrer.
- 11. Distrikt, 3. Abt. Dienstag, abends 7 Uhr. Bersammlung der Eltern, deren Kinder die 88. Gemeindefschule besuchen, in der Schul-Aula derselben, Bergstraße 58. — 4. und 5. Abt. Bersammlung in der Schul-Aula, Gartenstraße 25. Tagesordnung in beiden Bersammlungen: Ueber Schulprogramm und die Elternratsarbeiten.
- 16. Abt. Dienstag. Alle Genossen und Genossinnen, die Kinder in der 199. und 245. Knabenschule haben.

Pank- und Wiesenstraße, zur Skalle fassen, treffen sich zu einer wichtigen Bersprechung am Dienstag abends 6 Uhr bei Stähler, Pankstraße 65.

Neußeln. Die Eltern der das Regium II. Richardshof besuchenden Kinder, mit denen vorher Schulleitung vereinbart hat, sich auf die unpolitische, christliche Kandidatenliste für den Elternbeirat zu einigen, werden dringend zu einer Bersprechung am Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal von Stolz, Ecke Kaiser-Friedrich- und Junistraße, gebeten, oder Nachricht dort hin zu geben.

Achtung! **Achtung!**
Funktionäre der Chemischen Industrie!
Arbeiter-Betriebsräte!
Arbeiter- und Angestelltenausschüsse!
Mittwoch, den 25. Februar 1920, abends 7 Uhr,
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12
Allgemeine Funktionär-Versammlung
der Chemischen Industrie:
Gaswerke,

chemische Präparate, Farbenfabrikation, Licht- und Seifenfabrikation, Oel und Petroleum, Gummi, Kautschuk, Guttapercha, Apotheken-Drogen, Parfümerien. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle obengenannten Vertretungen erac-einmünden.
Arbeiter und Angestellte! Es ist eure Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Leutlich vertreten ist!

Der prov. geschäftsführende Hauptausschuss der Chemischen Industrie

Zentrale der Betriebsräte
Bezirk Groß-Berlin,
Münzstraße 24/11.

Betriebsräte.

Betriebsräte (Arbeiter- und Angestelltenausschüsse)

Die Anfragen und Auskunftserteilungen über die Wahlvorbereitungen der Betriebsratswahlen erfolgt in unserm Bureau in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags. Ebenso können alle Abrechnungen in diesen Stunden erfolgen. Bestellungen auf Referenten müssen zeitig angemeldet werden.

Wir ersuchen unsere Funktionäre, die von uns veröffentlichten Erläuterungen über die Wahlordnung zu beachten und aufzuheben, damit unnötige Anfragen vermieden werden.

Betriebsrätezentrale Groß-Berlin,
Münzstr. 24.

Wie erfolgt die Feststellung der Ergänzungsmitglieder für die Gruppen (Arbeiter- und Angestelltenrat)?

Die Berechnungstabelle für die Zahl der Betriebsratsmitglieder im § 15 ist auch maßgebend für die Feststellung, wieviel Mitglieder die Gruppen im Arbeiterrat bzw. Angestelltenrat zu wählen haben.

Die Arbeiter und auch die Angestellten wählen zu den für ihre Gruppen festgesetzten Betriebsratsmitgliedern noch soviel Ergänzungsmitglieder, daß die im § 15 bestimmte Zahl für den Arbeiter- bzw. Angestelltenrat erreicht wird.

- a) Der Betrieb hat 45 Arbeitnehmer, und zwar 33 Arbeiter und 12 Angestellte. Von den drei Betriebsratsmitgliedern erhalten die Arbeiter 2 und die Angestellten 1 Mitglied, die Gruppe der Arbeiter gebt mit ihren 33 Beschäftigten in die Stufe von 20-40 Arbeitnehmer und hat das Recht, drei Betriebsratsmitglieder zu wählen. Die Arbeiter müssen also zu den zwei Betriebsratsmitgliedern noch ein Ergänzungsmitglied wählen, diese drei Vertreter bilden den Arbeiterrat für ihre Gruppe. Die Gruppe der 12 Angestellten erhalten keine Ergänzungsmitglieder, da sie sich unter der Stufe von 20-40 bewegen.
- b) Die Arbeitergruppe erhält in diesem Betrieb sechs Mitglieder im Betriebsrat. Ihre Beschäftigungszahl von 612 Arbeitern bewegt sich in der Stufe von 400-500; es sind somit acht Arbeiterratsmitglieder zu wählen. Die Arbeiter wählen also zu ihren sechs Betriebsratsmitgliedern noch zwei Ergänzungsmitglieder. Die Gruppe der 60 Angestellten fällt in die Stufe von 50-60; sie wählt einen Angestelltenrat von fünf Mitgliedern, zu ihren zwei Betriebsratsmitgliedern noch drei Ergänzungsmitglieder.

Die Gruppe der Arbeiter erhält in diesem Betrieb 24 Mitglieder im Betriebsrat. Die Arbeitergruppe hat mit ihren 14800 Beschäftigten nach der Tabelle 29 Arbeiterratsmitglieder zu wählen; sie wählt also noch 5 Ergänzungsmitglieder zu den 24 Betriebsratsmitgliedern. Die Gruppe der Angestellten mit 200 Beschäftigten wählt nach der Tabelle einen Angestelltenrat von 15 Mitgliedern; sie hat also zu ihren Betriebsratsmitgliedern noch neun Ergänzungsmitglieder zu wählen.

Wieviel Ergänzungsmitglieder sollen auf die Vorschlagsliste?

§ 5 der Wahlordnung sagt: Jede Vorschlagsliste der einzelnen Gruppen soll wenigstens doppelt so viel Bewerber nennen, als Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder in Frage kommen.

Beispiel 6: Die 2. Stufe der Arbeitergruppe hätte also 6 Betriebsrats- und 2 Ergänzungsmitglieder, zusammen 8 Vertreter; auf dieser Liste sollen noch 8 Ergänzungsglieder benannt werden. In derselben Weise würde bei Beispiel e und a verfahren werden. Es besteht aber kein Zwang, die doppelte Anzahl Kandidaten aufzustellen, da dies in vielen Betrieben nicht durchführbar sein wird.

Die einzelnen Vorschlagslisten müssen von mindestens 3 Wahlberechtigten der Gruppe unterzeichnet sein.

Wer kann als Mitglied zum Betriebsrat bzw. zum Betriebsratmann gewählt werden. § 20 Abs. 2. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens 6 Monate im Betriebe tätig oder dem Unternehmen, sowie mindestens 3 Jahre dem Gewerbebezirk oder dem Berufsbezirk angehören, in dem sie tätig sind. Kein Arbeitnehmer ist in mehr als einem Betrieb wählbar.

§ 21. Bezieht der Betrieb oder das Unternehmen weniger als 6 Monate, so ist dem Erfordernis der Betriebsratsmäßigkeit genügt, wenn der Arbeitnehmer seit der Begründung dann beschäftigt ist.

In Betrieben, die ihre Arbeitnehmer regelmäßig nur einen Teil des Jahres beschäftigen, kann gleichfalls von der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit abgesehen werden. Ebenso muß diesen beiden Bestimmungen Ausnahme genommen werden, wenn nicht genügend wählbare Arbeitnehmer im Betriebe vorhanden sind. Bei Schwerbeschäftigten, die einen anderen Beruf ergriffen müssen, ist von dem Erfordernis der dreijährigen Dauer, oder Berufsangehörigkeit gleichfalls abgesehen.

Wo werden Gesamtbetriebsräte gebildet? § 50. Finden sich innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängender, nahe beieinander liegender Gemeinden mehrere gleichartige oder nach dem Betriebsbezirk zusammengehörige Betriebe in der Hand eines Eigentümers, so kann durch überzeu-

nehmende Beschlüsse der Ergänzungsräte die Errichtung eines Gesamtbetriebsrats neben den Einzelbetriebsräten erfolgen. Wirtschaftlich zusammenhängende Gemeinden sind im Besonderen zu unmittelbar benachbarten Gemeinden solche, die auch ohne mit ihren politischen Grenzen übereinzufallen, nahe aneinander liegen und durch die Verkehrsverhältnisse eng miteinander verbunden sind, so daß die in diesen Gemeinden belegenen Betriebe in nahe persönlicher und betrieblicher Beziehungen zueinander stehen. Gleichartige Betriebe sind solche, die im wesentlichen den gleichen Betriebsbezirk verfolgen, zum Beispiel mehrere Kohlenbergbaubetriebe im Güterverkehr, mehrere Gasanlagen desselben städtischen Gewerks. Wirtschaftlich zusammengehörige Betriebe sind solche, die einem ein und demselben Produktionsprozess oder Betriebsbezirk dienen, zum Beispiel Spinnerei und Weberei oder Kohlenwäsche, Güterverkehr und Holzguth des gleichen Unternehmens. Nicht wirtschaftlich zusammengehörig in diesem Sinne können jedoch Betriebe, die rein finanziell miteinander zusammenhängen, noch weniger solche, die rein zufällig und ohne jeden sachlichen Zusammenhang nur durch die Person des gleichen Eigentümers zusammenhängen, zum Beispiel eine Bäckerei und eine Fleischerhandlung.

Nun sagt der § 50 weiter, es kann durch übereinstimmende Beschlüsse der Einzelbetriebsräte die Errichtung eines Gesamtbetriebsrats neben den Einzelbetriebsräten erfolgen. Hier handelt es sich nicht um eine zwingende Bestimmung. Alle Bestimmungen des Gesetzes, die auch nur eine kleine Besserung des jetzt bestehenden Zustandes bringen könnten, sind nicht zwingender Natur. So auch in diesem Falle. Es läßt sich wohl der Fall denken, daß einzelne Betriebsräte eines Unternehmens sich der Bildung eines Gesamtbetriebsrats widersetzen. Träte dieser Fall ein, dann können diese Einzelbetriebsräte zwar nicht gezwungen werden, dem Gesamtbetriebsrat beizutreten, sie können aber die Bildung eines solchen auch nicht verhindern. Darüber gab ein Regierungsdirektor folgende Erklärung ab, die wir zu beachten ersuchen: „Einzelbetriebsräte, die sich gegen den Gesamtbetriebsrat erklären, können natürlich nicht hineingezwungen werden. Aber wenn nur ein Teil es beabsichtigt, können sie allein den Gesamtbetriebsrat bilden.“

Unsere Funktionäre müssen überall da, wo die Betriebe eines Unternehmens getrennt liegen, den Zusammenstoß durch Bildung von Gesamtbetriebsräten herbeiführen.

Unter den gleichen Voraussetzungen (siehe Erläuterungen § 50) können gemeinsame Betriebsräte errichtet werden. Der wesentliche Unterschied zwischen Gesamtbetriebsrat und gemeinsamen Betriebsräte ist der, daß der gemeinsame Betriebsrat die Einzelbetriebsräte des Unternehmens ausschaltet, während bei dem Gesamtbetriebsrat die Einzelbetriebsräte für die einzelnen Betriebe des Unternehmens bestehen und aus den Einzelbetriebsräten heraus der Gesamtbetriebsrat gewählt wird. Die Bildung von Gesamtbetriebsräten wird in den meisten Fällen empfehlenswert sein.

Gesamtbetriebsräte für die öffentlichen Betriebe. § 53. Die Bestimmungen der §§ 50 bis 52 finden auf die Betriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände Anwendung, auch wenn sie nicht nach dem Betriebsbezirk zusammengehören, auf die Betriebe anderer öffentlicher Körperschaften nur, soweit sie dem gleichen Dienstbezirk angehören.

Wie wird der Gesamtbetriebsrat gewählt? § 54. Zur Wahl des Gesamtbetriebsrats bilden alle Arbeitermitglieder und alle Angestelltenmitglieder der einzelnen Betriebsräte je einen Wahlbezirk. Jeder dieser Wahlbezirke wählt unter der Leitung der drei ältesten Vorstehenden der Einzelbetriebsräte aus seiner Mitte in gleicher Zahl nach den Grundätzen der Verhältniswahl die auf ihn entfallenden Mitglieder des Gesamtbetriebsrats. Mitgliederzahl und Zusammenfassung des Gesamtbetriebsrats bemittelt sich nach den §§ 15 und 16.

Eine Bildung von besonderen Arbeiter- und Angestelltenräten innerhalb des Gesamtbetriebsrats findet nicht statt.

Angestellte und Betriebsrätewahl.

In der gestrigen Sitzung der ASo-Kommission haben die Unterzeichneten nachfolgende Erklärung abgegeben:

Die unterzeichneten Mitglieder der ASo-Kommission erklären: Der Wahlkampf für die Betriebsrätewahl ist ein politischer geworden. Eingeleitet wurde dieser durch ein Flugblatt der S. P. D., welches zur Folge hatte, daß auch die U. S. D. Groß-Berlin, die Zentrale der Betriebsräte und die U. S. D. -Proleten der Gewerkschaftskommission einen Aufruf zur Wahl revolutionärer sozialistischer Betriebsräte veröffentlichte. Danach ist es auch für die in der ASo-Kommission Angehörigen notwendig, zu den geschaffenen Verhältnissen erneut Stellung zu nehmen. Die Wahl auf Grund freigelegter Interessen ist durch das Vorgehen der Partei nicht möglich, darum ist es notwendig, daß sich alle Angestellten für die Wahl revolutionärer sozialistischer Betriebsräte einsetzen.

Wir ersuchen die Angestellten in allen Betrieben, mit den Arbeitern gemeinsam solche Viren aufzustellen, für diese einzutreten und zu kämpfen. Die Kandidaten dieser Viren müssen sich zum revolutionären Klassenkampf verpflichten, die Arbeitgemeinschaften bekämpfen, für den Umbau der Gewerkschaften in Industriewerksverbände eintreten und an dem Aufbau eines Rätesystems mitarbeiten, das geeignet ist, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Ein großer Teil von Angestellten, die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten sind, haben sich bei den Desorganisationsmaßnahmen zu diesem Programm bekannt und werden auch jetzt zu handeln wissen.

Louis Heilig, Maxa Philipp, Fritz Bender.

Dieser Erklärung schließen sich die Mitglieder der Gewerkschaftskommission aus dem Zentralverband der Angestellten an: Robert Geisel, Ose Wed, Heilig Orlsch.

Die Delegierten und konstanten Wähler der Liste 7 werden aufgefordert, in der ASo-Versammlung am Mittwoch abends 7 Uhr sich vollständig und pünktlich zu ihren Aufweisen (Delegierten- oder Funktionärliste) einzufinden.

Außerdem wird noch darauf hingewiesen, daß am Freitag eine öffentliche Bersammlung stattfinden wird, die sich mit dem Thema „Angestellte und Betriebsrätewahl“ beschäftigt. Einberufen ist diese von der Opposition im Zentralverband der Angestellten.

Bersammlung der Funktionäre des Verkehrsgewerbes.

Geiern fand eine Bersammlung der Funktionäre des Verkehrsgewerbes statt, die sich mit den bevorstehenden Betriebsratswahlen befahte. Ein Vertreter der Zentrale der Betriebsräte erörterte eingehend die Wahlvorschriften und führte bei der Frage der Wahlparole aus, daß der Kampf anlässlich der Betriebsratswahlen ein politischer wäre. Die S. P. D. habe ja früh genug durch ein Flugblatt zu erkennen gegeben, daß auch sie dieser Auffassung ist. Nur revolutionären Arbeiter- und Angestelltenvertretern seien die Stimmen zu geben; Gegen die Arbeitgemeinschaft, für das Rätesystem!

Wahlordnung zum Gesetz über Betriebsräte

Preis 50 Pfennig

Organisationen erhalten Rabatt!
Bestellung n erbitten sofort;
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Strasse 8-9,

Gewerkschaftliches.

Arbeitskräfte der Groß-Berliner Gemeinden.

Verdichtung der Verhandlungen über den Paritätaril...

Arbeitskräfte der Groß-Berliner Gemeinden. Die...

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 2.

Achtung, Siemens-Konzern!

Abends 6 1/2 Uhr, findet im Lokal von Heibel...

Achtung, Funktionäre der Metallindustrie!

Abends 8 Uhr neun Funktionärsversammlungen. Keiner...

Achtung, Schuhmacher!

Kollegen zur Nachricht, daß nunmehr der Wärmekoh...

Achtung! Angestellte des Buchhandels!

Der Zentralverband der deutschen Buchhändler, Orts...

Schiedspruch in der Herrenkonfektion.

Die hier besuchte Versammlung der in der Herren...

Groß-Berlin.

Schweinefleisch!

Die arbeitende Bevölkerung ist frisches Schweinefleisch...

Belämpfung der Grippe.

Am 21. Februar tagte im Beisein von Vertretern des Wohlfahrtsministeriums und des Polizeipräsidiums die Gesundheitskommission...

Ein Landesarbeitsamt.

Durch Beschluß des Ausschusses der Groß-Berliner Arbeitsnachweise vom 15. Februar 1920 ist das Landesarbeitsamt für Groß-Berlin errichtet...

Das neue Jugendamt der Stadt Neukölln.

Bei der Organisation des Neuköllner Jugendamtes ist in erster Linie berücksichtigt worden, daß das jedem Kinde zustehende Recht auf körperliche, geistige und sittliche Entwicklung durch die öffentliche Jugendhilfe wahrzunehmen ist...

Eine Razzia am Wedding.

Eine polizeiamtliche Notiz meldet: Gestern vormittag unternahmen drei Hundertskarten der Polizeibehörde Wedding eine Razzia in den Laubenzonien am Wedding...

Begen der durch den andauernden Papiermangel verursachten Raumknappheit müssen wir heute die Fortsetzung des Romans ausfallen lassen.

Die Lichtberger städtische Jugendbühne öffnet am Sonntag ihre Pforten mit einer wohlgeleiteten Einweihungsfeier. Stadtschulrat Dr. Siggel kennzeichnet die demoralisierende Wirkung des Krieges...

Schulräume für politische Versammlungen. Bei der Ueberlassung von Schulräumen zu Versammlungen politischer und wirtschaftlicher Verbände soll nicht energigrievig vorgegangen werden...

stehen. Was soll das heißen, die eine Veränderung der politischen Verhältnisse auf anderem als gewöhnlichem Wege anzustreben? Waren das gewöhnliche Wege, auf denen Herr Haenisch Minister geworden ist? Soll diese Beschäftigung zu einem keinen Ausnahmefall werden?

Eine Grabhändlung wurde Sonntag nachmittag im Charlottenburger Mausoleum entdeckt. Einbrecher waren durch ein Fenster in die Gruft gestiegen und hatten dort den Sarg der Königin Luise erbrochen und der beigegebenen Schmuckstücke beraubt...

Die Große Berliner Straßenbahn teilt mit, daß nach Beendigung der Reparaturarbeiten in der Bergstraße zu Neukölln, zwischen Richard- und Steinmehlestraße, vom Dienstag, den 24. d. M. ab die Linien 10, 33 und 94 wieder fahrplanmäßig verkehren.

Deutscher Bund für Erziehung und Unterricht, Ortsgruppe Berlin. Am 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, spricht Herr Stadtschulrat Dr. Vuchanow im großen Saale des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, über „Sozialidealismus“. Gäste willkommen.

Der Bäckermeister Richard Pagel, Berlin, Auguststr. 4, III wegen ungenügender Betriebsführung auf die Dauer von acht Wochen von der Rechtsgewalt ausgeschlossen worden.

Um seiner Frau in den Tod zu folgen, verfuhr sich in der Nacht zum Montag der 30 Jahre alte Pförtner Ewald vom Liegenfeuer 2a zu Charlottenburg mit Gas zu vergiften. Frau Ewald lag vier Tage lang an der Grippe krank und starb gestern abend. Heute morgen wurden Hausgenossen durch einen Gasgeruch auf die Pförtnerwohnung aufmerksam und fanden den Mann regungslos im Sterbezimmer der Frau daliegen. Er hatte einen Gaskehlstein schluckend, um gleich nach ihr ebenfalls aus dem Leben zu scheiden. Ein Arzt, der bald erschien, rief den noch schwach röchelnden Mann ins Leben zurück. Der Unglückliche, der sehr an seiner Frau hing und kinderlos verheiratet war, liegt aber noch schwer darnieder.

Lebensmittellisten.

Milchverteilung. Von heute ab wird auf die C I-Karten anstelle von Milchmehl für die Zeit bis zum 27. Februar einschließlich eine Waage Roggenmehl verausgabt.

Schwarzbrot. Dänische Söhne an Kranke mit laufendem Stollen, stiftende und werdende Mütter vor vierter Monat ab und an Kriegesbeschädigte, die mehr als 20 Proz. erwerbsunfähig sind. Die Ausgabe erfolgt in der Turnhalle der Gemeindefürsorge, Reichshaller Straße am 21. u. 22. M. ab 10. bis 12. U. bis 3. am 27. bis 28. Februar. Als Nachweis haben vorzulegen: Kranke des Gesundheitsamtes, Bescheinigung der Vorherrschaft, werdende und stiftende Mütter ein Urteil vom Arzt oder der Hebamme und Kriegsbeschädigte den Rentenfeststellungsbescheid.

Pankow. Auf den Abschnitt 72 der Pankower Lebensmittelliste entfallen 250 Gramm ausländisches Weizenmehl. Der Preis beträgt für 250 Gramm 1,45 M.

Treptow verteilt in der Woche vom 23.-29. Februar außer den üblichen Rationen: Kartoffeln: Auf die 5 Abschnitte 5a bis 5e den Kartoffelkarte 3 Pfund und im voraus auf die 3 Abschnitte 10a bis 10e ebenfalls 3 Pfund, zusammen 6 Pfund. Auf Abschnitt 9d bis 9g der Kartoffelkarte 500 Gramm Brot bei diesen Rationen. Auf die Abschnitte 5a und 5b der Kartoffelkarte, soweit sie mit Kartoffeln nicht beliefert werden konnten, gelangen zur Ausgabe 250 Gramm Teigwaren und 250 Gramm Suppenwürfel. Auf Abschnitt 6d der Treptower Lebensmittelliste 500 Gramm Erbsen. Auf Abschnitt 85 500 Gramm Bohnen. Auf Abschnitt 83 1 Paket Magerfleisch. Auf Abschnitt A I und A II der Milchkarte für Monat März für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1000 Gramm Milch und 2 Pakete Einheitskehe. Auf Abschnitt B, I und B, II, C I und C II der Milchkarte für Monat März für Kinder im 3. bis 6. Lebensjahre 500 Gramm Milch und 2 Pakete Einheitskehe. Auf Abschnitt A, 28 der Einheitskarte 250 Gramm Fettmehl.

Weihnüsse. In der Woche vom 23. bis 29. Februar entfallen auf die Abschnitte 5a, b und c der Kartoffelkarte 3 Pfund Kartoffeln und auf die Abschnitte 8d, e, f und g 500 Gramm Graubrot oder 400 Gramm Wehl. Soweit die Verbraucher den auf die Abschnitte 7c bis g der Kartoffelkarte entfallenden Kartoffelersatz (Weißkorn und Erbsen) noch nicht entnommen haben, kann dies noch am Dienstag und Mittwoch in der Verkaufsstelle Bischofsstraße 24 geschehen.

Aus den Organisationen.

8. Distrikt. Mittwoch abends 7 Uhr Kommunale Kommission, Reichshaller, Schreinerstr. 18.

9. Distrikt. Mittwoch abends 7 Uhr Sitzung der Zeitungskommission bei Reichshaller, Friedberger Straße 1, Beratung der Richtlinien.

11. Distrikt. Mittwoch abends 7 Uhr in der Schulaula Gortewitzstraße 25 Bezirksversammlung. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent: Genosse Heiler.

Charlottenburg. Kollisionskommission. Mittwoch abends 7 Uhr im Volkshaus Versammlung sämtlicher Landbesitzer.

Neukölln. Donnerstag nachmittags 3 Uhr Mädchen mit Lichtbildern in der Aula der Albrecht-Dürer-Schule, Emser Straße. Eintrittskarten zu 20 Pf. im Bureau, Reichstr. 3, und in den „Freiheit“-Expositionen, Emser Straße 32, und Reichstr. 3.

Tempelhof. Frauenbildungsabend am Mittwoch abends 7 1/2 Uhr im Festsaal des Realgymnasiums. Vortrag: August Bebel zum Gedächtnis.

Strolach. Der für Mittwoch angekündigte Jahabend findet nicht statt. Zegel. Mittwoch abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula Treuschowstraße.

Reinholdsdorf-West. Mittwoch 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula 5. Gemeindefürsorge, Kollisionskommission treffen sich eine Stunde vorher bei Ragerl.

Bereinstellungen.

Neukölln. 8. Distrikt. 25. Februar, im Jugendheim, Kollisionskommission, Vortrag des Genossen Eisbach über „Die französische Revolution“. Donnerstag, 26. Februar, außerordentliche Funktionärsversammlung.

Arbeiter-Tomaten-Kolonnen Groß-Berlin. Die Mitglieder sämtlicher Bezirkskolonnen wollen die Veranstaltungen ihrer Bezirkskolonnen besuchen. Entgegennahme dringender Mitteilungen, Ausweisung, Arbeitskontrolle, Meldung von Krankheitsfällen. Zentralverband.

Deutscher Buchhändler-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Donnerstag nachmittags 5 Uhr in Graumanns Festsaal, Raunstr. 27, kombinatorische Delegiertenversammlung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Groß-Berlin. Heute abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, allgemeine Mitgliederversammlung.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Handelshochschule. Mittwoch 8 Uhr in der Handelshochschule, Spandauer Straße 1. Vortrag des Herrn Dr. Max Hochdorf: „Genti Barbusse“. Eintritt frei.

Berlin „Kampf ums Recht“. Dienstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Städtischen Lyzeum, Neukölln, Berliner Straße 9/10.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene des ehemaligen Feuerwehrlaboratoriums. Versammlung Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr im Lokal Jägerbänken, Reichstr. 2.

Freie sozialistische Proletarierjugend, Ortsgruppe Nordost. Mittwoch abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Kramer, Colbenlustr. 3.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsangestellten „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillingwerderdamm 19.

